

IHR FR-BLOG

Bronski ist zurück aus dem Urlaub und hat ein paar Ideen fürs FR-Blog mitgebracht. Es stand schon länger fest: Das FR-Blog muss übersichtlicher werden. Keine leichte Aufgabe angesichts der Vielzahl von Themen, die Sie mit Ihren Leserbriefen anstoßen. Damit sich leichter erschließt, welche Diskussionen aktuell offen sind und welche Themen besprochen werden, gibt es von jetzt an eine Übersicht unter

frblog.de/aktuell

Diese Übersicht wird täglich (außer am Wochenende) aktualisiert, Sie erfahren hier, welche Diskussionen neu eröffnet wurden und worum es dabei geht. Jene Diskussionen werden gekennzeichnet, in denen jüngst Kommentare veröffentlicht wurden. Dabei werden auch Diskussionen aufgelistet, die nicht mehr auf der Startseite zu finden, aber noch geöffnet sind. Im FR-Blog werden auch Leserbriefe veröffentlicht, für die es im Print-Leserforum keinen Platz gab.

Ihr Bronski



**BRONSKI IST IHR
MANN IN DER
FR-REDAKTION**

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Ähnlich wie die USA

EU und Corona-Hilfen: „Wo sind die Guten?“, FR-Meinung vom 25. Mai

In seinem Leitartikel durchbricht Stephan Hebel dankenswerterweise das übliche Bewertungsschema in Bezug auf EU-Hilfsprogramme: Soll Deutschland für „Misswirtschaften“ anderer EU-Mitgliedsstaaten geradestehen oder ist dies zugunsten der europäischen Idee hinzunehmen?

Tatsächlich folgt Merkels scheinbarer Schwenk, wie Hebel hervorhebt, einer gewichtigen strategischen Logik, nämlich das deutsche Exportüberschussmodell nicht zu gefährden. Und diese deutschen Überschüsse sind kein Kavaliärsdelikt, sondern verursachen mit den notwendigerweise damit verbundenen Defiziten die Strukturprobleme der anderen bis hin zur Auslieferung an das Austeritätsdiktat des Herrn Schäuble.

Das Problem ist nur, dass offen (mit Stolz auf „deutsche Wertarbeit“) oder insgeheim (wenn man den ökonomischen Widerspruch sieht, aber verdrängt) der größte Teil der deutschen Bevölkerung diese Exportüberschuss-Strategie billigt.

Man muss dann allerdings darüber hinwegsehen, was diese Strategie mit sich bringt: eine auf Kante genähte und vernachlässigte Infrastruktur (vom Gesundheitswesen über Bildung bis zum öffentlichen Verkehr), eine gnadenlose Konkurrenzgesellschaft, eine EU des „Germany first“ und eine Kultur der Doppelmoral. Denn während Trump zu Recht für sein Motto „America first“ kritisiert wird, verfahren wir wirtschaftspolitisch ähnlich, nur nicht so offen.

Das ist auch deshalb bedauerlich, weil es Alternativen gibt, wie die Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik in ihrem Memorandum jüngst aufgezeigt hat.

Herbert Storn, Bad Vilbel

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf spricht über „Polizeigewalt, Rassismus, Trump – Ursachen und Wirkungen der amerikanischen Wut“ mit Greta Olson, Amerikanistik-Professorin an der Uni Gießen, und Siraad Wiedenroth (Initiative Schwarze Menschen in Deutschland).

Dienstag, 16. Juni, 19 Uhr.

Zu sehen ist die Diskussion von **Heinrich-Böll-Stiftung, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sowie FR auf dem Youtube-Kanal:**
FR.de/eventvideo-rassismus

Pitt von Bebenburg moderiert das Forum „Access to the Right to Asylum in Europe“ (Zugang zum Recht auf Asyl in Europa) beim Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz mit Karl Kopp (Pro Asyl), Eleni Velivasaki (Refugee Support Aegean) und Ulrich Weinbrenner (Bundesinnenministerium). In englischer Sprache.

Dienstag, 23. Juni, 14 Uhr.

Die Veranstaltung findet online statt. **Anmeldungen bei der Evangelischen Akademie zu Berlin unter:**
www.eaberlin.de

Andreas Schwarzkopf spricht über „Corona in Afrika“ mit Antonia Witt von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).

Dienstag, 23. Juni, 19 Uhr.

Zu sehen ist die Diskussion von **Heinrich-Böll-Stiftung, HSFK sowie FR auf dem Youtube-Kanal**
boell-hessen.de/YouTube

Sinnvolle Arbeitsplätze, weniger Gewinn

Zu: „Betriebsräte stinksauer auf SPD“, FR-Wirtschaft vom 8. Juni

Meine Herren, räumen Sie in Ihren Läden auf!

Ich war 26 Jahre lang Betriebs- und Gesamtbetriebsratsvorsitzender eines Unternehmens mit 2300 Beschäftigten. Heute leite ich Gewerkschaftsschulungen. Die Betriebsräte der Autoindustrie und die Herren der IG Metall, viele von Ihnen Aufsichtsräte in dieser Branche, maßen sich an, von uns über die Steuer durch den Staat subventioniert zu werden. Angesichts der diversen Skandale dort ist das wirklich unverfroren. Erst schwindeln sie im Dieselskandal, dass sich die Balken biegen, dann müssen sie Strafen zahlen, und jetzt soll das Ganze auch noch von uns bezahlt werden. Meine Herren, räumen sie in Ihrem Laden auf und beschweren Sie sich nicht! Was machen die IG-Metall-Führer in den Aufsichtsräten? Wann protestieren sie gegen die Auszahlung schwindelerregender Gehälter und Boni an die Vorstände? Dividenden ohne Ende an die Aktionäre! Und das alles immer zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Ach wie sozial und nett! Nein danke.

Ersetzen wir doch einmal in jedem Interview und Zeitungsartikel die Begriffe „Arbeitsplätze schaffen“ durch „Gewinne machen“. Das Ergebnis wird Sie erstaunen. So viel Geraune um „Arbeitsplätze schaffen“. Das sind im wahrsten Sinne „Fake News“. Klimaschutz? Zweitrangig. Und dann die Moral dieser Leute. Waffen produzieren, damit im Jemen und anderswo Unheil anrichten. Das sollte man nennen, was es ist: Völkermord. Wo sind die Betriebsräte der IG Metall, um die Waffenexporte zu stoppen? Auf die Sicherung solcher Arbeitsplätze und Gewinne muss die Gesellschaft verzichten. Wir können gemeinsam

vollkommen neue, gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze schaffen. Die werfen vielleicht nicht so viel Gewinne ab.

Übrigens seien auch die Propagandisten des Elektroautos gewarnt. Batterien sind nicht umweltfreundlich. Man benötigt den Rohstoff Lithium. Dessen Förderung zerstört zum Beispiel in Chile, Argentinien und Bolivien die Umwelt. Was hier dem Klimaschutz dienen soll, bricht den Ländern dort das Genick. Also her mit neuen Entwicklungen, z. B. Wasserstoff. Das Elektroauto ist ein großer Schwindel. Das ist die billigste Lösung nach der Nutzung der fossilen Rohstoffe. Aber das nur am Rande.

Das Gejammer dieser Betriebsräte und Gewerkschaftsführer ist unerträglich. Ich schätze mich glücklich, dass die Abwrackprämie nicht kam. Normativ fordere ich: Wracken wir die Ideologie des „Arbeitsplätze schaffen“ ab! Ronald Koch, Frankfurt

Nicht sonderlich attraktiv für die junge Generation

Auch für Autokonzerne als sogenannte „Schlüsselindustrie“ sollten ökonomische Regeln gelten. Hapert es mit dem Absatz, muss man dem Kunden eben in der Preisgestaltung entgegenkommen. Zu deutsch: Über günstigere Preisangebote erhält der Erwerber eines Produktes seine Kaufprämie; dies ist Sache des Produzenten und nicht der steuerzahlenden Allgemeinheit. Jeder Konzern und Aktionär muss damit leben, dass es wegen der geringeren Gewinnspanne auch mal Jahre mit weniger fetten Boni und Dividenden geben kann.

Und wenn jetzt diesbezüglich Betriebsräte und Funktionäre der IG Metall stinksauer auf die SPD sind: Beim Abgasskan-

dal und bei den Steueroasen für Tochterfirmen der Konzerne war nichts von irgendeiner „Säuerinis“ dieser Arbeitnehmervertreter zu bemerken.

Es ist zu bezweifeln, dass eine nur klientelorientierte Gewerkschaft eine große Attraktivität für die jüngere Generation ausstrahlt. Man geniert sich da schon etwas, selber Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, in dessen Dachverband DGB auch die IG Metall beheimatet ist. Ich bin jedenfalls froh, dass SPD und Teile der CDU bei der Kaufprämie für Benzin- und Dieselaautos Rückgrat gezeigt haben.

Wulfhard Bäumlein, Bad Vilbel

Der Verbrennungsmotor ist schlicht von gestern

Im Beitrag wird das Bild einer Demonstration gezeigt mit einem Transparent „Staatshilfen ohne Klimaschutz führen in die Sackgasse“. Ich habe auch ein Bild von dieser Demonstration gemacht. Hinter dem Transparent weht auch eine IG-Metall-Fahne. Vielleicht trug die Fahne ein Arbeiter eines reinen Elektrowagenherstellers, der kapiert hat, dass ein Auto mit Verbrennungsmotor schlicht von gestern ist.

Die Verkaufszahlen der E-Autos steigen seit Jahren exponentiell. Noch kaum bemerkbar wie ein Virus im Januar. Allerdings ist das E-Auto eher ein Antikörper, der laute und stinkende Gebrauchtwagen ab 2026 unverkäuflich macht. Ab 2030 wird der grüne Sprit, wenn es ihn je geben wird, zu Apothekerpreisen erhältlich sein, wie in der Anfangszeit des Automobils. Das E-Auto fährt für 2,50 Euro mit Strom aus der PV-Anlage 100 Kilometer weit. Es ist leise und stinkt nicht. Michael Brod, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/abwrackpraemie

Das Rassismusproblem ist unverstanden

Proteste gegen Rassismus: Erwidern auf „Es fehlt jedes Verständnis“, Leserforum vom 5. Juni

Diese Kritik ist viel zu billig

Alter Verwalter! Da hat Leser Horst Gorgs aus Braunschweig aber die ganz große Bazooka rausgeholt und mit Wumms auf diejenigen gerichtet, die einem seit langem schwelenden, aber nie richtig angegangenen Problem massiven und landesweit übergreifenden Widerstand entgegengesetzt haben.

Dass hierbei, und da gebe ich dem Schreiber ausdrücklich recht, Grenzen weit überschritten und aus Protest heraus unentschuldbar Verbrechen verübt wurden, ist unstrittig und wird auch von mir verurteilt. Aber warum kam es überhaupt dazu? Diese Antwort verschweigt der Verfasser geflüchtlich. Genauso wie er, so jedenfalls liest es sich, ausschließlich „den Schwarzen“ diese Verbrechen in die Schuhe schiebt. Woher hat er das Wissen, dass nicht auch weiße Demonstranten, gerne mit rassistischem

Hintergrund, dabei waren, wie im Fernsehen zu sehen war? Und dass sich sogar Polizisten beider Hautfarben, mit den friedlich (!) Protestierenden verbündeten?

Warum verschweigt Herr Gorgs auf der anderen Seite die für jedermann sichtbare Polizeigewalt, das eigentliche Übel, welches das Fass zum Überlaufen brachte? Nein, Herr Gorgs – da ist Ihre Kritik zu billig! Und jetzt Fußballern, ob mit schwarzer oder weißer Hautfarbe, den Protest verbieten zu wollen und für Aktive nach drastischen Strafen zu verlangen, zeigt, wie wenig verstanden worden ist.

Ja, die verstaubten DFB-Statuten sehen solche drakonischen Verurteilungen vor, die in manchen Fällen auch zu Recht bestehen, aber: Gerade der DFB, der zu dröge, selbstgefällig und unfähig ist, seine eigene Vergangenheit (u. a. Sommermärchen 2006) rückhaltlos aufzuarbeiten, soll hier als Tugendwächter auftreten? Was haben wir gelacht!

Keiner von uns hier bei uns sollte sich aufschwingen zu wissen, wie und ob jemals, die USA ihr latentes und unwürdiges Rassismusproblem in den Griff bekommt. Aber ein Fußballspieler, ein Vereinsfunktionär oder Schiedsrichter, egal ob jung oder alt, der Zivilcourage besitzt und für eine ohne (!) Gewalt geführte Debatte eintritt, ist mir dreimal lieber als Personen, die rückwärtsgewandt und einäugig argumentieren. Nichts gelesen, nicht gesehen, Herr Gorgs! In der Schule hätte dies bedeutet: Thema verfehlt! Setzen, sechs!

Michael W. Rimkus, Bad Hersfeld

Solidarität und Politik

Es bleibt nur zu hoffen, dass Herr Gorgs den Artikel „Wo hört Solidarität auf und fängt Politik an?“ gelesen hat, der ebenfalls am 5. Juni in der FR auf S. 20 erschienen ist. Fritz Brehm, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/floyd